

Luzern, 25. November 2025

**ANTWORT AUF ANFRAGE****A 556**

Nummer: A 556  
Protokoll-Nr.: 1338  
Eröffnet: 20.10.2025 / Gesundheits- und Sozialdepartement

**Anfrage Brunner-Zürcher Rosmarie und Mit. über die vom Bundesrat beschlossenen Änderungen beim Schutzstatus S**

Zu Frage 1: Wie hoch ist der Anteil der flüchtigen Menschen mit Schutzstatus S aus sogenannten «sicheren» Gebieten im Kanton Luzern im Vergleich zum schweizweiten Durchschnitt von rund 10 Prozent?

Die Herkunftsdaten von gesuchstellenden Personen werden vom Staatssekretariat für Migration (SEM) erhoben. Nach der individuellen Gesuchsprüfung (Sicherheitsüberprüfung und Prüfung, ob zugehörig zur Gruppe der Schutzbedürftigen) und Registrierung werden die Personen einem Kanton zugewiesen. Der Kanton Luzern verfügt nicht über Daten zur Herkunft von Personen mit Schutzstatus S.

Zu Frage 2: Mit welcher Anzahl Rückweisungen rechnet der Kanton Luzern aufgrund des neuen Bundesratsbeschlusses?

Die neue Regelung gilt für alle Gesuche, die nach dem 1. November 2025 vom SEM entschieden werden. Sie hat somit keine Auswirkung auf Personen, die bereits den Schutzstatus S haben. Aussagen zur Anzahl zukünftiger Gesuche und zur möglichen Anzahl von Rückweisungen sind entsprechend nicht möglich.

Zu Frage 3: Die aktuelle Unterbringungssituation ist auf allen drei Staatsebenen angespannt. Der Kanton Luzern ist nach wie vor in der Notlage. Welche Auswirkungen erwartet der Kanton Luzern auf die Unterbringungssituation in den kantonalen Unterkünften? Ist mit einer Entlastung zu rechnen?

Die Einschränkung des Schutzstatus S auf definierte Regionen ändert nichts für die bereits anwesenden Personen. Für sie bleibt auch ein Familiennachzug weiterhin möglich. Zudem werden Schutzgesuche aus den als «sicher» eingestuften Regionen vom Bund nicht per se abgelehnt. Jedes Gesuch wird individuell geprüft. Sofern die persönliche Situation einer gesuchstellenden Person die Rückkehr als unzumutbar erscheinen lässt, wird es eine vorläufige

Aufnahme geben. Personen, die gemäss den neuen Regeln keinen Schutzstatus S mehr erhalten, haben überdies die Möglichkeit, ein Asylgesuch zu stellen. Diese Personengruppen werden auch in Zukunft vom Kanton untergebracht werden müssen. Unser Rat geht davon aus, dass der Bund aufgrund der neuen Regelung mehr Anträge auf Schutzstatus S ablehnen wird und dem Kanton Luzern demnach weniger Personen mit Schutzstatus S zugewiesen werden. Insgesamt erhofft sich unser Rat eine Entlastung der Unterbringungssituation.

Zu Frage 4: In welchem Ausmass könnten sich die neuen Regelungen auch auf die kommunalen Unterkünfte auswirken?

Der Kanton Luzern unterscheidet bei der Unterbringung von Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich zwischen kantonalen Kollektivunterkünften, Kantonswohnungen und Privatmietverträgen. Die neue Regelung gilt nur für Gesuche, die nach dem 1. November 2025 vom SEM entschieden werden. Personen mit Schutzstatus S, die aktuell in einer Gemeinde im Kanton Luzern in einer Kollektivunterkunft oder in einer Wohnung leben, sind somit nicht davon betroffen. Werden dem Kanton Luzern in Zukunft weniger Personen mit Schutzstatus S zugewiesen, führt das automatisch dazu, dass weniger Personen in einer ersten Phase in kantonalen Kollektivunterkünften in den verschiedenen Gemeinden und in einer zweiten Phase in Wohnungen in den Luzerner Gemeinden untergebracht werden müssen.

Zu Frage 5: Welche neuen Erkenntnisse hat die Regierung seit der Beantwortung der Anfrage A153 vom 4. März 2025 in Bezug auf die zukünftige Entwicklung des Schutzstatus S gewonnen?

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 8. Oktober 2025 entschieden, den Schutzstatus S bis zum 4. März 2027 nicht aufzuheben. Somit erhält auch der Kanton Luzern Klarheit für die kommenden 18 Monate. Unser Rat unterstützt die Absicht des Bundesrates, neuerlich über den Schutzstatus S zu befinden, sollte sich die Lage in der Ukraine nachhaltig stabilisieren. Wir teilen zudem die Haltung des Bundes, dass eine enge Abstimmung mit der EU aufgrund der Einbettung der Schweiz in den Schengen-Raum weiterhin notwendig ist.

Zu Frage 6: Welche Einschätzung hat die Regierung dazu, ob in absehbarer Zeit weitere Regionen der Ukraine als «zumutbar» für eine Rückkehr eingestuft werden könnten?

Die Sicherheitslage in den ukrainischen Regionen verändert sich ständig. Das SEM führt eine Liste mit Regionen, in die die Rückkehr als zumutbar oder nicht zumutbar gilt, überprüft diese Liste laufend und passt sie gegebenenfalls an. Der Kanton Luzern orientiert sich an dieser Liste und nimmt keine eigene Einschätzung der Lage vor.